

Sozialversicherungsrecht 2020

Recht aktuell für die Soziale Arbeit

2. September 2020

Susanne Friedauer, lic. iur., Rechtsanwältin
Fachanwältin SAV Haftpflicht- und Versicherungsrecht
CAS IRP-HSG Berufliche Vorsorge

Kaspar Gehring, lic. iur., Rechtsanwalt
Fachanwalt SAV Haftpflicht- und Versicherungsrecht

📍 Ulrichstrasse 14
CH-8032 Zürich

☎ +41 44 388 57 57

📠 +41 44 388 57 58

✉ info@kspartner.ch

🌐 kspartner.ch

Alters- und Hinterlassenenversicherung

9C_757/2019 Urteil vom 27. Mai 2020

Reinigungskraft in Privathaushalt; Abgrenzung selbständige und unselbständige Erwerbstätigkeit (Art. 5, Art. 9 AHVG)

- Bei Reinigungstätigkeit, Haushalthilfe, Betreuung oder Fahrdienst handelt es sich um Dienstleistungen; in solchen Konstellationen kommt dem Merkmal der arbeitsorganisatorischen Abhängigkeit grösseres Gewicht als dem Kriterium der Investitionen zu (E. 4.2).

Im konkreten Fall betrieb die betreffende Person aktiv Marketingmassnahmen; ferner besteht kein konkretes Weisungsrecht oder Anhaltspunkte für ein Konkurrenzverbot (E. 4.2.1).

Alters- und Hinterlassenenversicherung

9C_669/2019 Urteil vom 7. April 2020

Abgrenzung von selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit;
private Fachbeiständin; Art. 5, Art. 9 ATSG, Art. 400 Abs. 3 ZGB

- Der Begriff der Weisungsgebundenheit im AHV-Beitragsrecht ist nach demselben Massstab zu definieren wie im Obligationenrecht (E. 6.2.2). Einordnung der privaten Fachbeistandsperson (E. 6.2.3).

Bei der privaten Fachbeistandsperson kann nicht von einem eigentlichen wirtschaftlichen respektive arbeitsorganisatorischen Abhängigkeitsverhältnis ausgegangen werden, so dass insgesamt eine selbständige Erwerbstätigkeit anzunehmen ist (E. 6.3.2).

Invalidenversicherung

8C_508/2019 Urteil vom 27. Mai 2020

Anspruch auf Taggeld der IV; Frage des Taggeldanspruchs von Nichterwerbstätigen, Art. 22 IVG

- Art. 22 IVG sieht keinen Taggeldanspruch für im Aufgabenbereich tätige Personen vor; der Gesetzgeber strebte eine finanzielle Schlechterstellung der Nichterwerbstätigen während der Teilnahme an Eingliederungsmassnahmen der IV an (E. 6, E. 7).

Invalidenversicherung

8C_190/2019 Urteil vom 12. Februar 2020

Invaliditätsgrad; Festlegung des Invalideneinkommens, Art. 16 ATSG

- Wegen des verfassungsmässigen Gleichbehandlungsgebots sind regionale Lohnunterschiede bei der Bestimmung des Invalideneinkommens nicht zu berücksichtigen.

Behinderungsbedingte Einbussen sind durch einen leidensbedingten Abzug zu berücksichtigen und nicht durch das Abstellen auf das untere Quartil des Tabellenwertes (E. 4.1).

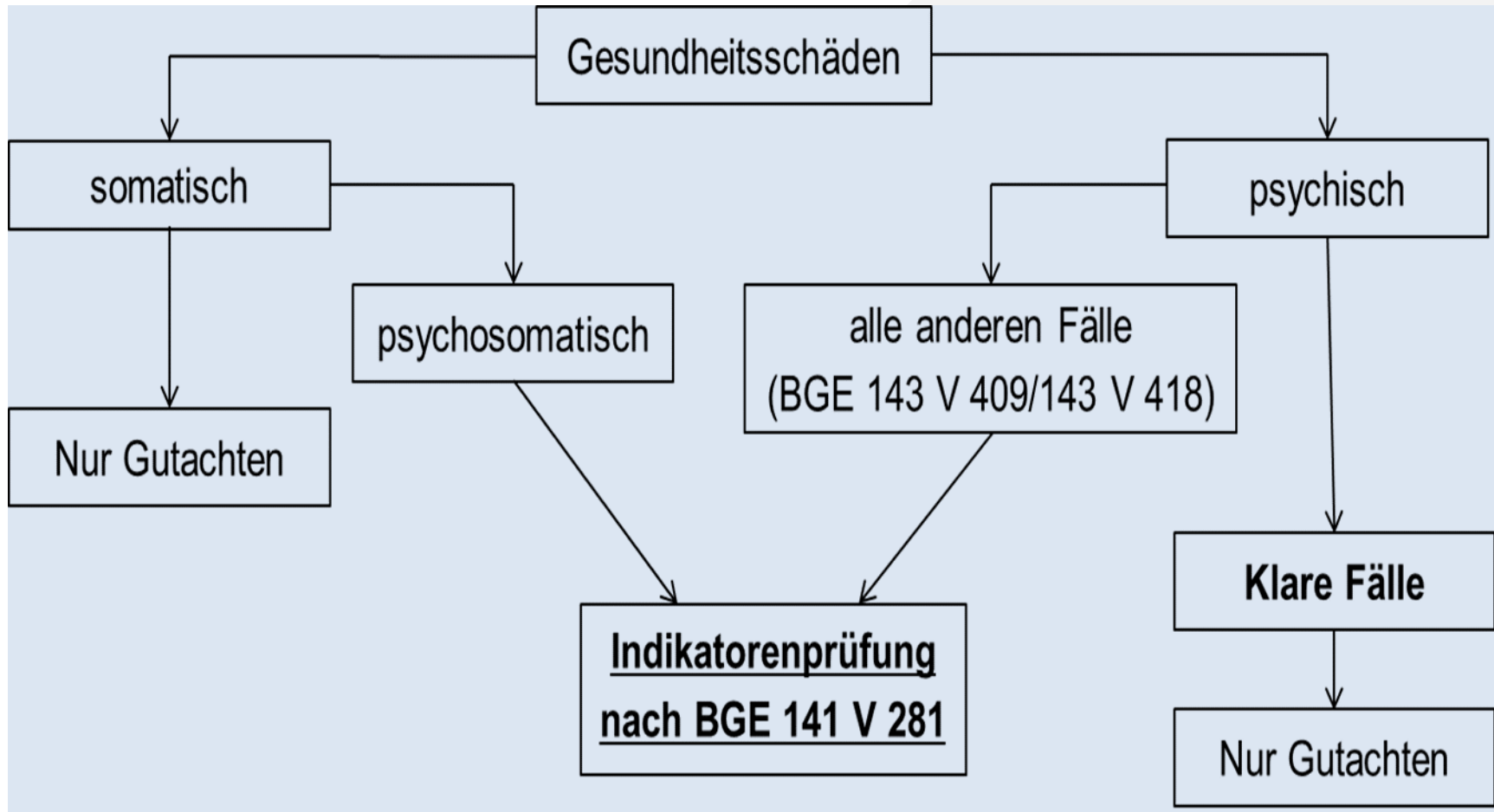
Invalidenversicherung

9C_808/2018 Urteil vom 2. Dezember 2019

Zulässigkeit und Grenzen der juristischen Parallelbeurteilung bei medizinischen Festlegungen, Art. 7, Art. 8 ATSG

- Im Rahmen der Rechtsanwendung sind die medizinischen Angaben daraufhin zu überprüfen, ob die Ärzte sich an die massgebenden normativen Rahmenbedingungen gehalten haben (E. 3.2.2).
Prinzipiell ist jede gutachtliche Einschätzung der Arbeitsunfähigkeit durch die rechtsanwendende Verwaltung beziehungsweise durch das Gericht im Lichte von BGE 141 V 281 zu überprüfen. Wenn eine normorientiert erfolgte medizinische Schätzung vorliegt, ist von ihr (nur) aus triftigen Gründen abzuweichen (E. 4.3).

Invalidenversicherung



Invalidenversicherung

9C_357/2019 Urteil vom 17. Dezember 2019

Anpassung der laufenden Invalidenrente, Art. 17 ATSG

- Wenn die auf eine allfällige Anpassung hin zu überprüfende Invalidenrente ursprünglich einzig auf Grund einer psychischen Pathologie zugesprochen wurde, ist eine allfällige Verbesserung des Gesundheitszustandes in somatischer Hinsicht, welche bei der initialen Leistungszusprache nicht massgebend war, bezogen auf eine Rentenanpassung irrelevant (E. 5).

Invalidenversicherung

Ursprüngliche Unrichtigkeit		Nachträgliche Unrichtigkeit	
Ursprünglich unrichtig, die entsprechende Tatsache war aber <u>noch nicht bekannt</u> .	Ursprüngliche <u>offensichtliche</u> Unrichtigkeit, die schon damals hätte erkannt werden können.	Veränderung der <u>tatsächlichen</u> Verhältnisse.	Veränderung der <u>Rechtslage</u> oder der <u>Rechtsprechung</u> .
Revision nach Art. 53 Abs. 1 ATSG	Wiedererwägung nach Art. 53 Abs. 2 ATSG	Revision nach Art. 17 ATSG	Keine Anpassung (Ausn.: bei entsprechenden Übergangsbestimmungen)

Invalidenversicherung

8C_494/2018 Urteil vom 6. Juni 201

Selbsteingliederung bei rückwirkend abgestufter oder befristeter Rentenzusprechung, Art. 7, Art. 8 ATSG

- Die Rechtsprechung, wonach es bei der wiedererwägungs- oder revisionsweisen Herabsetzung oder Aufhebung der Invalidenrente bei zurückgelegtem 55. Altersjahr oder mehr als 15 Jahre dauerndem Rentenbezug grundsätzlich Eingliederungsmassnahmen durchzuführen gilt, findet auch Anwendung, wenn zeitgleich mit der Rentenzusprache über deren Befristung und/oder Abstufung befunden wird (E. 5.4).

Krankenversicherung

9C_41/2020 Urteil vom 17. Juni 2020

Wirtschaftlichkeit der Behandlung; ambulante Pflege, Art. 24, Art. 32
Abs. 1 KVG

- Vergleich der Spitex-Pflege mit der Pflege in einem Heim, insbesondere mit Blick auf das Zusammenleben mit nahestehenden Familienangehörigen (E. 4.1). Im konkreten Fall waren die Kosten der Spitex-Pflege 3.4-mal höher als die Vergleichskosten in einem Pflegeheim (E. 4.2). Bisherige Praxis zur Wirtschaftlichkeit bei Spitex-Pflege (E. 4.2.1). Bei einem Faktor von 3.4 ist die Wirtschaftlichkeit der Hauspflege mit Gesamtkosten von jährlich rund Fr. 80'000 als nicht wirtschaftlich zu betrachten (E. 4.2.2).

Krankenversicherung

9C_253/2020 Urteil vom 2. Juni 2020

Stationäre Rehabilitation; Spitalbedürftigkeit, Art. 25 Abs. 2 lit. d KVG

- Begriff der medizinischen Rehabilitation (E. 2.2). Zur Bejahung einer Spitalbedürftigkeit reicht es nicht aus, dass ein Reha-Aufenthalt dem Wohlbefinden der versicherten Person gedient hat (E. 4.2).

Unfallversicherung

8C_723/2019 Urteil vom 10. März 2020

Glasknochenkrankheit; Patella-Querfraktur; unfallähnliche Körperschädigung, Art. 9 Abs. 2 lit. a UVV

- Umschreibung der unfallähnlichen Körperschädigung (E. 4.2).
Umschreibung des äusseren schädigenden Faktors, insbesondere beim Fussballspiel (E. 4.3.2, 4.3.3).

Unfallversicherung

Art. 6 Abs. UVG

Die Versicherung erbringt ihre Leistungen auch bei folgenden Körperschädigungen, sofern sie nicht vorwiegend auf Abnützung oder Erkrankung zurückzuführen sind:

- a. Knochenbrüche;
- b. Verrenkungen von Gelenken;
- c. Meniskusrisse;
- d. Muskelrisse;
- e. Muskelzerrungen;
- f. Sehnenrisse;
- g. Bandläsionen;
- h. Trommelfellverletzungen.

Unfallversicherung

8C_149/2020 Urteil vom 1. April 2020

Berufskrankheit; repetitive strain injury (RSI); Syndrom bei Computerarbeit, Art. 9 Abs. 2 UVG

- Klärung der Frage, ob geltend gemachte Beschwerden im Bereich des Daumensattelgelenks als Berufskrankheit anerkannt werden können (E. 1). Es bestehen kein Forschungsergebnis, die ein signifikant häufigeres Auftreten eines RSI-Syndroms bei Ausübung einer repetitiven Tätigkeit am Computer naheliegend erscheinen lassen (E. 3.2).

Unfallversicherung

8C_22/2019 Urteil vom 24. September 2019

Unfallähnliche Körperschädigung; Kausalzusammenhang, Art. 6 Abs. 2 UVG

- Entwicklung des Instituts der unfallähnlichen Körperschädigung in rechtlicher Hinsicht (E. 7). Institut der unfallähnlichen Körperschädigung gemäss UVG-Revision (E. 8). Das Begriffspaar Abnützung und Erkrankung, welches im Zusammenhang mit der Körperschädigung nach Art. 6 Abs. 2 UVG Verwendung findet, stellt das ergänzende Gegenstück zu einem spezifischen Ereignis dar (E. 8.2.3). Beim fehlenden natürlichen Kausalzusammenhang zwischen einem Unfallereignis im Sinne von Art. 4 ATSG und einer Listenverletzung nach Art. 6 Abs. 2 UVG erübrigt sich die Prüfung der Leistungspflicht, jedenfalls solange kein anderes initiales Ereignis als Verletzungsursache in Frage kommt (E. 9.2).

Unfallversicherung

8C_267/2019 Urteil vom 30. Oktober 2019

Unfallähnliche Körperschädigung, Art. 6 Abs. 2 lit. c UVG

- Bei einer in Frage stehenden Körperschädigung ist das gesamte Ursachenspektrum zu berücksichtigen. Nebst dem Vorzustand sind somit auch die Umstände des erstmaligen Auftretens der Beschwerden näher zu beleuchten (E. 6).

Unfallversicherung

8C_545/2019 Urteil vom 14. November 2019

Knalltrauma; Unfallbegriff, Art. 4 ATSG

- Ein einmaliger, nur sehr kurzandauernder Schallexpositionspegel von 112,2 bzw. von maximal 116,2 dB ist im Rahmen einer Fussballspielveranstaltung mit grosser Mengenansammlung nicht ungewöhnlich (E. 10.4)

Arbeitslosenversicherung

8C_433/2019 Urteil vom 20. Dezember 2019

Arbeitgeberähnliche Stellung; Ausschluss vom Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung, Art. 31 Abs. 3 lit. c AVIG

- Der Aktienbesitz bildet eines der in Betracht fallenden Kriterien für den Ausschluss vom Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung (E. 5.2.1). Bei einer GmbH kann das Risiko eines Missbrauchs von Arbeitslosenversicherungsleistungen nicht zuletzt unter Berücksichtigung des personenbezogenen Charakters der Unternehmung selbst bei einer minimalen finanziellen Beteiligung nicht verneint werden; bezüglich einer Aktiengesellschaft ist unter Umständen das Missbrauchspotential nicht analog anzunehmen (E. 5.2.4).

Arbeitslosenversicherung

Nach Art. 31 Abs. 3 lit. c AVIG haben Personen, die in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter, als finanziell am Betrieb Beteiligte oder als Mitglieder eines obersten betrieblichen Entscheidungsgremiums die Entscheidungen des Arbeitgebers bestimmen oder massgeblich beeinflussen können, sowie ihre mitarbeitenden Ehegatten keinen Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung.

Das Bundesgericht hat in ständiger Rechtsprechung eine analoge Anwendung von Art. 31 Abs. 3 lit. c AVIG auf arbeitgeberähnliche Personen und ihre Ehegatten, die Arbeitslosenentschädigung verlangen, bejaht mit der Begründung, dass das Missbrauchsrisiko dasselbe ist, unabhängig davon, ob es um Arbeitslosen-, Kurzarbeits- oder Insolvenzenschädigung geht (vgl. E. 4.1 hiavor).

Gesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)

8C_353/2019, Urteil vom 2. September 2019

Unentgeltliche Vertretung im Rahmen des Verwaltungsverfahrens, Art. 37 Abs. 4 ATSG

- Notwendigkeit der anwaltlichen Vertretung im Verwaltungsverfahren (E. 3.1). Selbst wenn im Verwaltungsverfahren die rechtliche Relevanz ärztlicher Berichte zu beurteilen ist, handelt es sich dabei nicht um eine komplexe Fragestellung, welche eine anwaltliche Vertretung erforderlich machen würde (E. 5).

Gesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)

9C_786/2019 Urteil vom 20. Dezember 2019

Unentgeltliche Vertretung im Verwaltungsverfahren; Voraussetzung der Gewährung, Art. 37 Abs. 4 ATSG

- Notwendigkeit der anwaltlichen Verbeiständung im Verwaltungsverfahren (E. 5.1). Im konkreten Fall liegen Fragen in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht vor, welche komplex sind; die versicherte Person wäre ausserstande gewesen, ihre Interessen selbst zu wahren (E. 5.4.2)

Gesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)

8C_523/2019 Urteil vom 21. Januar 2020

Überentschädigungsgrenze; Einkommenseinbussen von Angehörigen, Art. 69 Abs. 2 ATSG

- Art. 69 Abs. 2 ATSG ist mit Blick auf die Einkommenseinbusse von Angehörigen zurückhaltend auszulegen; darunter fallen nur Einkommenseinbussen von Angehörigen, die ihre Erwerbstätigkeit reduzieren oder aufgeben, um Betreuungsleistungen und Pflegeleistungen zugunsten der versicherten Person zu erbringen (E. 5 bis 7).

Berufliche Vorsorge

9C_121/2019 Urteil vom 15. Mai 2019

Sachliche beziehungsweise zeitliche Zuständigkeit der
Vorsorgeeinrichtung zur Erbringung von Invalidenleistungen, Art. 23
BVG

- Die zur Begründung einer Leistungspflicht der Vorsorgeeinrichtung erforderliche Arbeitsunfähigkeit muss arbeitsrechtlich in Erscheinung getreten sein, zum Beispiel etwa durch einen Abfall der Leistungen mit entsprechender Feststellung oder gar Ermahnung des Arbeitgebers oder durch gehäufte aus dem Rahmen fallende gesundheitlich bedingte Arbeitsausfälle (E. 5.2).

Berufliche Vorsorge

9C_347/2019 Urteil vom 22. August 2019

Zuständigkeit der Vorsorgeeinrichtung für Invalidenleistungen, Art. 23 BVG

- Rechtsprechung zur erforderlichen sachlichen und zeitlichen Konnexität zwischen Arbeitsunfähigkeit und erst später eintretender Invalidität (E. 2.2.2). Im vorliegenden Fall bestand eine Arbeitsfähigkeit von über 80% während gut vier Monaten, so dass die zeitliche Konnexität nicht besteht (E. 4.6).

Berufliche Vorsorge

9C_877/2018 Urteil vom 22. August 2019

Leistungspflicht der Vorsorgeeinrichtung; Konnexität, Art. 23 BVG

- Ausführungen zur Klärung des vorausgesetzten engen zeitlichen Zusammenhangs zwischen erstmaligem Auftreten der Arbeitsunfähigkeit und späterer Invalidität; die Vermittlungsfähigkeit im arbeitslosenversicherungsrechtlichen Sinn schliesst das Vorliegen einer berufsvorsorgerechtlichen relevanten Arbeitsunfähigkeit nicht per se aus (E. 3.3).

Berufliche Vorsorge

9C_435/2019 Urteil vom 17. Oktober 2019

Anspruch auf Invalidenrente; Beginn der Arbeitsunfähigkeit, Art. 23
BVG

- Mit dem blossen Hinweis auf eine im Kündigungsschreiben enthaltene Begründung des Vorliegens einer Krankheit sowie mit dem Hinweis auf einen Bericht des behandelnden Psychiaters kann nicht aufgezeigt werden, dass der Entscheid einer IV-Stelle im konkreten Fall offensichtlich unhaltbar ist (E. 3.3).

Berufliche Vorsorge

9C_563/2019 Urteil vom 14. November 2019

Zuständigkeit der Vorsorgeeinrichtung; Nachdeckungsfrist, Art. 23 BVG

- Reglementarische Umschreibung der Voraussetzungen für eine Nachhaftung; im konkreten Fall muss sich ein leistungsbegründender Invaliditätsgrad dauerhaft innerhalb der Nachdeckungsfrist (von 360 Tagen) manifestiert haben (E. 4.3.2).

Berufliche Vorsorge

9C_99/2019 Urteil vom 7. Januar 2020

Anspruch auf Invalidenrente der beruflichen Vorsorge, Art. 23 BVG

- Im konkreten Fall ist die Vorsorgeeinrichtung an den durch die IV-Stelle festgelegten Invaliditätsgrad gebunden (E. 4.1). Die geltend gemachte fehlende «Compliance» der versicherten Person (bezogen auf die Mitwirkung an der gesundheitlichen Behandlung) vermag nicht zu einem anderen Resultat zu führen (E. 4.3).

Berufliche Vorsorge

9C_208/2020 Urteil vom 14. Mai 2020

Bindung der Vorsorgeeinrichtung an den Entscheid der IV-Stelle, Art. 23 BVG

- Wenn im Rahmen der Abklärung des Anspruchs auf eine IV-Rente ein Invaliditätsgrad von 35% festgestellt wird und vermerkt wird, die genaue Höhe des Invaliditätsgrads sei unerheblich für die Beurteilung des invalidenversicherungsrechtlichen Rentenanspruchs (weil er ohnehin unter 40% liegt), besteht keine Bindung der Vorsorgeeinrichtung an diesen Entscheid (E. 4).

Berufliche Vorsorge

9C_751/2019 Urteil vom 3. Juni 2020

Invaliditätsgrad; Bestimmung bei Teilerwerbstätigkeit, Art. 23 BVG

- Der vorsorgerechtlich relevante Invaliditätsgrad bemisst sich nach der Rechtsprechung auf Grund eines Valideneinkommens entsprechend dem Grad der Teilerwerbstätigkeit und nicht im Verhältnis zu einer (hypothetischen) Vollzeiterwerbstätigkeit. Entscheidend ist mithin nicht die Invalidität im Rahmen einer Vollbeschäftigung, sondern diejenige im zeitlichen Rahmen der Erwerbstätigkeit, die bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, ausgeübt wurde (E. 5.3).

Berufliche Vorsorge

9C_874/2018 Urteil vom 26. Juni 2019

Begünstigung bei Lebenspartnerschaft; Anmeldeformular, Art. 20a BVG

- Im konkreten Fall ist die Anmeldung für eine Lebenspartnerrente als Vorschrift mit konstitutiver Wirkung ausgestaltet. Es liegt im konkreten Fall keine hinreichende testamentarische Begünstigung des überlebenden Lebenspartners vor (E. 6.3).

Berufliche Vorsorge

9C_804/2019 Urteil vom 4. Mai 2020

Lebenspartnerrente, Art. 20a Abs. 1 BVG

- Die Meldung einer Lebenspartnerschaft an die Vorsorgeeinrichtung ist unmissverständlicher Ausdruck dafür, dass eine Begünstigung gewollt ist (E. 6.1). Im konkreten Fall zeigt das Reglement, dass es der Vorsorgeeinrichtung darum geht, dass die hinterlassene Person nur Leistungen erhält, wenn von einem stabilen, schon vor der Pensionierung bestandenen Konkubinat ausgegangen werden kann. Ob die entsprechende Konkubinatsmeldung vor oder nach der ordentlichen Pensionierung ergangen ist, spielt dabei keine Rolle bzw. stellt eine reine Ordnungsvorschrift dar, deren Nichteinhaltung nicht mit einer generellen Leistungsverweigerung sanktioniert werden darf (E. 7.1).

Berufliche Vorsorge

9C_784/2019 Urteil vom 13. Mai 2020

Lebenspartnerschaft; Meldung der Lebenspartnerschaft, Art. 20a BVG

- Bezogen auf die Voraussetzungen für die Ausrichtung von reglementarischen Hinterlassenenleistungen ist sowohl zulässig, eine schriftliche Meldung über eine bestehende Lebenspartnerschaft zu Lebzeiten zu verlangen, als auch, eine schriftliche Begünstigungserklärung der verstorbenen Person zu verlangen, welche auch noch während eines bestimmten Zeitraums nach dem Tod der versicherten Person eingereicht werden kann (E. 2.3). Im vorliegenden Fall legt das Reglement fest, dass die schriftliche Meldung von Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern noch zum Zeitpunkt der erstmaligen Rentenzahlung zu erfolgen hat. Einer solchen Vorschrift kommt im konkreten Fall konstitutive Wirkung für den Anspruch auf eine Lebenspartnerrente zu (E. 3.2).

Berufliche Vorsorge

9C_132/2019 Urteil vom 3. Juli 2019

Verjährung; Anspruch auf Invalidenrenten, Art. 41 Abs. 2 BVG, Art. 129 bis Art. 142 OR

- Im konkreten Fall erteilte die Vorsorgeeinrichtung eine unrichtige Auskunft betreffend die Berechenbarkeit des Leistungsanspruchs; insoweit kann im heutigen Zeitpunkt nicht eine Berufung auf den Eintritt der Verjährung erfolgen (E. 6.4).

VVG / Krankentaggeld

4A_384/2019 Urteil vom 9. Dezember 2019

Berufswechsel Übergangsfrist Beginn

- Die Übergangsfrist für einen Berufswechsel beginnt erst dann, wenn die anspruchsberechtigte Person hierzu von der Versicherung aufgefordert wurde.

Es reicht nicht aus, wenn an einer Besprechung mit der Invalidenversicherung die berufliche Zukunft besprochen wird.

Krankentaggeld

Versicherter muss alles ihm Zumutbare unternehmen, um den Schaden zu minimieren.

Primär in Bezug auf die medizinischen Behandlungen.

u.U. kann auch ein Wechsel der Arbeitsstelle verlangt werden wenn:

- Vertragliche Grundlage
- Stabiler Gesundheitszustand
- Vorhandene Resterwerbsfähigkeit
- Zumutbarkeit des Berufswechsels
- Übergangsfrist

VVG / Krankentaggeld

4A_288/2019 Urteil vom 2. September 2019

Übergangsfrist bei nachträglichem Gutachten

- Auch wenn die Versicherung erst durch ein nachträgliches Gutachten von einer Arbeitsunfähigkeit Kenntnis erlangt, ändert das nichts daran, dass ein Stellenwechsel nur nach ausdrücklicher Aufforderung verlangt werden kann (da wenn die Krankentaggeldversicherung die Versicherte als arbeitsfähig erachtet hat, sie diese zum Stellenwechsel hätte auffordern können).

VVG / Krankentaggeld

4A_73/2019 Urteil vom 29. Juli 2019

Dauer der Übergangsfrist für Stellenwechsel

- Für die Dauer der Übergangsfrist kommen auch bei privatrechtlichen Krankentaggeldversicherungen die Grundsätze für Taggeldversicherungen nach KVG zur Anwendung (Dauer der Übergangsfrist drei bis sechs Monate).

VVG / Krankentaggeld

4A_186/2018 Urteil vom 4. Juli 2019

Leistungsdauer bei Wegfall des Taggeldanspruchs infolge von Koordination

- Wenn in den AVB vorgesehen ist, dass die Tage in welchen zwar grundsätzlich Anspruch auf Taggelder besteht, diese aber aus Gründen der Koordination nicht zur Auszahlung gelangen, bei der Ermittlung der maximalen Leistungsdauer mitgezählt werden, so ist das zulässig.

Strafrecht

6B_1033/2019 Urteil vom 4. Dezember 2019

Unrechtmässiger Bezug von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe, Art. 148a Abs. 1 StGB

- Art. 148a StGB ist als Auffangtatbestand zum Betrug im Sinne von Art. 146 StGB konzipiert (E. 4.5.2). Im Bereich der Sozialversicherung sowie der Sozialhilfe müssen alle leistungsrelevanten Tatsachen gemeldet werden (E. 4.5.6). Art. 148a StGB begründet mit der Tatvariante des «Verschweigens von Tatsachen» eine Unterlassungsstrafbarkeit (E. 4.5, 4.6).

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.



K S P A R T N E R

📍 Ulrichstrasse 14
CH-8032 Zürich

☎ +41 44 388 57 57
📠 +41 44 388 57 58

✉ info@kspartner.ch
🌐 kspartner.ch